EUROPA 06.07.2021 | Dirk Kohnert

Titanischer Erfolg

Weg von der EU, zurück zu alten Commonwealth-Verbündeten: Mit einem neuen Freihandelsabkommen träumt Boris Johnson von einer Alternative zur EU.

Als Großbritannien Ende 2020 die EU verließ, litt das Vereinigte Königreich (VK) nicht nur unter den erwartbaren wirtschaftlichen und politischen Folgen des Brexits, sondern war auch eines der von der Corona-Krise am stärksten betroffenen europäischen Länder. Der Brexit hat bereits zu einem erheblichen Einbruch des Handels zwischen der EU und dem VK geführt. Das Handelsvolumen ging – im Vergleich zum ersten Quartal 2018, dem letzten relativ stabilen Quartal vor dem Brexit und der Corona-Krise – um 23,1 Prozent zurück. Gleichzeitig löste China Deutschland als größten Außenhandelsmarkt für britische Exporte ab. Die britischen Warenimporte aus China stiegen seit 2018 um 66 Prozent auf umgerechnet 19,7 Milliarden Euro im ersten Quartal 2021, während die britischen Einfuhren aus Deutschland auf 14,5 Milliarden Euro sanken. Die Tatsache, dass der britische Handel mit Ländern außerhalb der EU im gleichen Zeitraum nur um 0,8 Prozent zurückging, deutet darauf hin, dass der größte Teil des Rückgangs auf die Auswirkungen des Brexit und nicht auf die Covid-19-Pandemie zurückzuführen war.

Die OECD prognostiziert für 2021 zwar kurzfristig ein Wachstum des britischen BIP um 7,2 Prozent, was den stärksten Zuwachs seit 1941 bedeuten würde. Allerdings muss dies vor dem Hintergrund der Schrumpfung des BIP um 9,8 Prozent im Vorjahr gesehen werden, der schlimmsten Rezession seit fast 300 Jahren. Auch für 2022 herrschen vergleichsweise rosige Perspektiven mit einer Prognose von 5,5 Prozent Wirtschaftswachstum. Jedoch warnt die OECD, dass Großbritannien längerfristig größeren wirtschaftlichen Schaden erleiden könnte als andere G7-Industrieländer. Die Auswirkungen des Austritts aus der EU könnten die der Pandemie dabei noch verstärken. Die Mehrheit der Engländer steht trotzdem fester denn je hinter ihrem Premier Boris Johnson. Allerdings fühlen sich auch diejenigen, die vergeblich gegen den Brexit gestimmt hatten, wie die Schotten, Waliser oder Nordiren, nun gedrängt, Konsequenzen zu ziehen, bis hin zum Wiederaufleben der Diskussion um die Sezession von England.

Seit dem Brexit-Votum von 2016 unterstützen rechtkonservative Engländer statt der Anbindung an die EU die CANZUK. Diese Abkürzung steht für einen möglichen Zusammenschluß des VK mit drei seiner ehemaligen „Siedler-Kolonien“: Kanada, Australien und Neuseeland. In den Augen der Brexiteers wäre die CANZUK gleichbedeutend mit der Wiederbelebung des alten Ruhms Großbritanniens und seiner Rolle in der „Anglosphäre“, eine Vision, die auf den Zweiten Weltkrieg und den britischen Siedlerkolonialismus des 19. Jahrhunderts zurückgeht.

Die Mitgliedsländer des potentiellen Bündnisses teilen viele politische, wirtschaftliche und kulturelle Gemeinsamkeiten. Englisch ist ihre Amtssprache, ihre Demokratien sind nach dem parlamentarischen Westminster-System organisiert und sie gehören zu den einkommensstarken Industrieländern. Der kombinierte Außenhandel der CANZUK-Länder beläuft sich auf etwa 2,9 Billionen Euro, und hinsichtlich ihres gemeinsamen BIP sowie gemäß dem Ranking der Nationen mit dem größten Gesamtvermögen würde die CANZUK weltweit den dritten Platz einnehmen. Befürworter sehen die CANZUK bereits als zweitmächtigste geopolitische Union der Welt hinter der EU, darunter mit Großbritannien, Kanada und Australien drei der 15 weltweit größten Volkswirtschaften. Sie glauben, dass der Pakt das Potenzial hat, eine Allianz zu bilden, die durch Handel, Migration und Sicherheitsbeziehungen eng verbunden ist und dass die CANZUK die viertgrößte Wirtschaftsmacht nach China mit mehr als 136 Millionen Menschen werden könnte. Schließlich hätte der Block die größte Landmasse der Welt und damit ein reiches Reservoir an natürlichen Ressourcen.

Skeptiker wie der Ökonom Iain Begg von der London School of Economics warnen jedoch, dass das neue Post-Brexit-Handelsabkommen mit Brüssel Großbritannien in den nächsten 15 Jahren eine BIP-Schmälerung von 5 Prozent einbringen werde. Die CANZUK könne in keiner Weise den bisherigen EU-Marktzugang kompensieren. Vor dem Brexit war die EU mit 47 Prozent des britischen Handelsvolumens der größte Handelspartner Englands, während Kanada, Australien und Neuseeland zusammen nur 3,5 Prozent ausmachten.

Darüber hinaus würde die große Entfernung zwischen den CANZUK-Mitgliedsstaaten die Handelskosten im Vergleich zu benachbarten EU-Staaten beträchtlich erhöhen. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman gibt zu bedenken, dass laut der wirtschaftlichen Gravitationsgleichung des Außenhandels das Handelsvolumen positiv von der Größe der Volkswirtschaften zweier Länder, aber negativ von der Entfernung zwischen ihnen beeinflußt werde. Dies impliziert, dass selbst

dann, wenn Großbritannien mit den CANZUK-Mitgliedern ähnliche Handelsbedingungen wie zuvor als Mitglied der EU-Zollunion aushandeln könnte, dies von weit geringerem Wert wäre, nicht zuletzt wegen gestiegener Transportkosten und außertariflicher Handelhemmnisse. Als Beispiel verweist Begg auf die EU-Automobilindustrie, in der Komponenten von Autos, die aus England exportiert werden, während des Herstellungsprozesses sechs- oder siebenmal die Grenzen überschreiten. Dies werde bei sehr langen Strecken – wie zwischen dem VK und Kanada – unrentabel.

Britische Unternehmen hatten offenbar schon frühzeitig eine realistischere Einschätzung der Folgen des Brexits als Boris Johnson. So stimmten sie bereits vor der Corona-Krise, die das VK mit am härtesten von allen europäischen Ländern traf, mit ihrem Geld ab. Scharfe Zungen würden behaupten, sie verließen „wie Ratten das sinkende Schiff". Das Brexit-Votum veranlaßte britische Unternehmen bereits im März 2019 dazu, die Summe der britischen Auslandsinvestitionen in die verbleibende EU der 27 Mitgliedsländer um 17 Prozent zu erhöhen, während Transaktionen in Nicht-EU- und OECD-Ländern unberührt blieben.

Andererseits ging die Zahl der EU-27-Investitionsprojekte im Vereinigten Königreich nur um rund 9 Prozent zurück. Dies deutet darauf hin, dass das VK stärker von den Kosten der wirtschaftlichen Ausgrenzung betroffen ist als die übrigen EU-Mitgliedstaaten. Darüber hinaus führte die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Brexit zu einem Marktwertverlust der am stärksten vom Brexit betroffenen internationalen Unternehmen, sowie zum Rückgang von Beschäftigung und Investitionen. Denn internationale Unternehmen erwarteten überwiegend negative Auswirkungen des Brexit, nicht zuletzt aufgrund regulatorischer Divergenzen, verringerter Arbeitskräftemobilität und eingeschränktem Handelszugang in die EU.

Davon abgesehen ging der britische Anteil an den Exporten in die Volkswirtschaften der Anglosphäre seit den Kolonialzeiten stetig zurück, von 36 Prozent im Jahr 1949 auf 2,5 Prozent im Jahr 2017. Auch der Handel innerhalb der Anglosphäre reduzierte sich von etwa zwei Dritteln des Gesamthandels im Jahr 1947 auf ein Drittel im Jahr 2017. Selbst der jüngste Antrag Londons (21. Juni 2021) auf Beitritt zur Comprehensive and Progressive Trans-Pacific Partnership (CPTPP), einem Zusammenschluss von elf asiatischen Pazifikanrainerstaaten, auch als TPP11 bekannt, stößt auf Skepsis. Denn auf CPTPP-Länder entfallen weniger als 10 Prozent der britischen Exporte, und die britische Regierung hat mit den meisten dieser Länder bereits Abkommen geschlossen. Daher wäre der hinzugefügte Nettonutzen zweifelhaft.

Schließlich verliert die britische Vision einer „special relationship“ mit den USA, gemäß der England eine Brücke zwischen Europa und Amerika bildet, mit dem Brexit für Washington an Attraktivität. Denn der Wert des VK für die USA als bedeutender globaler Akteur sinkt mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU.

Die CANZUK dient Boris Johnson trotz allem als zukunftsträchtige Perspektive, weg von Europa und hin zu den geografisch entfernten, aber schneller wachsenden asiatisch-pazifischen Märkten. Glaubt man Johnson, so wird die CANZUK ein „titanischer Erfolg“. Tatsächlich wird sie den durch den Brexit verlorenen EU-Marktzugang jedoch kaum kompensieren können. Die ehemaligen Kolonien verfolgen heute ihre eigenen Agenden, die nicht unbedingt mit der des VK übereinstimmen. Und schließlich wird auch das relative Gewicht Großbritanniens gegenüber asiatischen „global players“ wie China und Indien mittel- und langfristig schwinden. Bei Handelsverhandlungen könnten zukünftig die asiatischen Großmächte am längeren Hebel sitzen und London ihre Bedingungen und Regeln diktieren.



Dirk Kohnert
Hamburg

Dirk Kohnert ist seit 2011 Associate Research Fellow am GIGA Institut für Afrika-Studien. Zuvor war er 20 Jahre lang dessen stellvertretender Direktor und langjähriger Editor der wissenschaftlichen Zeitschrift *Africa Spectrum*.